

18. November 2020

**Postulat**

von Anjushka Früh (SP)  
und Vera Ziswiler (SP)

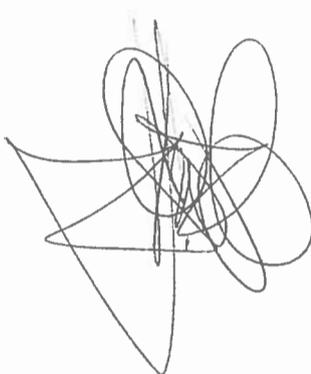
Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das städtische Personalrecht dahingehend umfassend überarbeitet werden kann, dass eine durchgehend inklusive Terminologie verwendet wird.

**Begründung:**

Die Beratung der Weisung 2020/175, «Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts und der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht betreffend Urlaube bei Mutter- und Vaterschaft sowie für Betreuung oder Pflege Angehöriger» hat gezeigt, dass in den personalrechtlichen Regelungen eine Terminologie verwendet wird, welche der Vielfalt der Geschlechter und Beziehungsformen nicht vollumfänglich gerecht wird. So beschränken sich die personalrechtlichen Regelungen beispielsweise auf die Begriffe «Mutter» und «Vater» sowie «weibliche» und «männliche» Angestellte. Mit dieser Terminologie können sich aber nicht alle Personen, insbesondere Trans Menschen, identifizieren.

Vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, das städtische Personalrecht und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen – unter Beizug und in Zusammenarbeit mit u.a. der Fachstelle für Gleichstellung und dem Transgender Network Switzerland – umfassend zu überarbeiten unter Verwendung einer konsequent inklusiven Terminologie. Damit kann die gelebte Vielfalt auch in der Sprache Ausdruck finden und es kann erreicht werden, dass die personalrechtlichen Regelungen dieser Vielfalt der Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen entsprechen.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit GR 2020/175

 AFW